

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Verbot von Kernwaffenversuchen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seinen Beschluß vom 3. Oktober 1985, in dem es heißt:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich weiter für ein umfassendes Verbot der Kernwaffenversuche einzusetzen. Allerdings ist angesichts der großen militärischen Bedeutung eines solchen Teststopps, der einer Partei wichtige militärische Vorteile bringen würde, falls unentdeckte Umgehungen nicht ausgeschlossen werden können, eine zuverlässige Verifikationsregelung unabdingbare Voraussetzung für das Zustandekommen eines Verbotsabkommens.“

Der Deutsche Bundestag begrüßt daher den Vorstoß der Bundesregierung für die Einrichtung eines umfassenden weltweiten seismologischen Verifikationssystems, weil in dem Vorstoß ein wirksamer Ansatz für die Realisierung des Verbots von Kernwaffenversuchen zu sehen ist.

2. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Erklärung des Bundeskanzlers vom 11. April 1986, wonach

- a) der nukleare Teststopp für die Bundesregierung ein wichtiges Ziel bleibt,
- b) der Teststopp kein Ersatz für eine substantielle Reduzierung vorhandener Waffenarsenale sein darf,
- c) angesichts der sowjetischen Auffassung, daß ein umfassender Teststopp der Beginn einer allmählichen Reduzierung amerikanischer und sowjetischer Nuklearwaffen sei, direkte Vereinbarungen über Reduzierungen der Nuklearwaffenarsenale, auf die sich beide Seiten in Genf erneut festgelegt haben, ein noch direkterer und schnellerer Einstieg in die Rüstungskontrolle wäre als ein Teststopp, und deshalb der Weg zur Reduzierung endlich in Verhandlungen freigemacht werden sollte.

Bonn, den 24. April 1986

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion

